RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR WISSENSCHAFT UND GESUNDHEIT

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
18/7374
VORLAGE

Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Postfach 32 20 | 55022 Mainz

DER MINISTER

Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit
Herrn Josef Winkler, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

Mittlere Bleiche 61
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-29 57
clemens.hoch@mwg.rlp.de
www.mwg.rlp.de

14. Mai 2025

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
0102-0007#2024/0004-1501 MB Bitte immer angeben!		Lucas Muth lucas.muth@mwg.rlp.de	06131 16-2871 06131 16-2997

39. Sitzung des Ausschusses für Gesundheit am 29.04.2025

TOP 1. a): „Sachstand zur Umsetzung der Krankenhausreform“
Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit - V 18/6959 -

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

wie in der Sitzung des Ausschusses für Gesundheit vom 29.04.2025 zugesagt, übermittele ich Ihnen als Anlage den Sprechvermerk zu o. g. Tagesordnungspunkt.

Mit freundlichen Grüßen

Clemens Hoch

Sitzung Ausschuss für Gesundheit am 29.04.2025
Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Wissenschaft und Gesundheit
Betreff: Sachstand zur Umsetzung der Krankenhausreform

SPRECHVERMERK

Bezüglich der Umsetzung der Krankenhausreform haben wir in den fünf Versorgungsregionen Regionalkonferenzen durchgeführt, an denen neben den Trägern auch die Kassenärztliche Vereinigung, die Landesärztekammer, der Medizinische Dienst, die Kostenträger und Vertreter der kommunalen Familie teilgenommen haben.

Alle Regionalkonferenzen waren sehr konstruktiv und von dem gemeinsamen Bestreben getragen, die Krankenhausreform zu einem guten Erfolg zu bringen. Daneben werden weiterhin mit allen Trägern Einzelgespräche über die verschiedenen Standorte geführt und die spezifischen Vorstellungen und Erwartungen besprochen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass der durch uns strukturierte Prozess positiv aufgenommen wird.

Wer den Koalitionsvertrag aufmerksam gelesen hat, wird bemerkt haben, dass die neue Bundesregierung grundsätzlich an der Reform festhalten wird, Details aber noch im weiteren Verfahren anpassen möchte. Welche Änderungen dies genau sind, konkretisiert sich hoffentlich in den nächsten Wochen, sodass wir Sie hier im Ausschuss frühzeitig informieren können.

Nun zu den angesprochenen Insolvenzverfahren:
Wie bisher ist der Standort in Neuwied am weitesten im Prozess fortgeschritten, er geht aber auch mit gutem Beispiel voran, weil die hoffnungsvollen Blicke der Versorgungsplanung dort alle umgesetzt werden konnten. Die Marienhaus-Gruppe hat das DRK-Krankenhaus in Neuwied zum 01.04.2025 übernommen. Der Versorgungsauftrag wurde angesichts der Zusammenlegung zweier Häuser etwas

angepasst, sodass dort nun eine Einrichtung mit 579 Betten und einem sehr umfangreichen Angebot berücksichtigt werden konnte.
Diese Entwicklung ist krankenhausplanerisch völlig richtig und eine Konsolidierung um 175 Planbetten ist auch sinnvoll. Dass es am Standort Neuwied leider nicht gelingen konnte, das gesamte Personal zu übernehmen, hat insbesondere damit zu tun, dass das DRK dort eine Verwaltungszentrale vorgehalten hat, in der einige Menschen auch für die weiteren Standorte tätig waren und vom neuen Träger, der nur den Standort Neuwied übernimmt, nicht am selben Standort weiter eingesetzt werden können.

An den weiteren Standorten der DRK Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz befinden sich die Klärungsprozesse auf der Zielgeraden und es ist ja mittlerweile bekannt, welche Interessenten es an welchem Standort gibt. Besonders hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang das Engagement der die Entscheidung nicht zuletzt auch wirtschaftlich tragenden oder mittragenden Kommunen.

Das gilt insbesondere für Alzey, wo der Kreis sich weiterhin in einem Übernahmeprozess befindet. In Hachenburg ist bekannt, dass das Krankenhaus Dierdorf-Selters sich im Übernahmeprozess befindet und dass die Diakonie Südwestfalen sich in Kirchen bzw. Altenkirchen engagieren möchte. Das ist ebenfalls über die Medien bekannt. Wir begleiten einerseits den Insolvenzverwalter mit seinem Team und andererseits die Interessenten in diesem Prozess, der aber natürlich für alle Seiten keine Routine darstellt. Im Interesse eines reibungslosen Übergangs haben wir den Interessenten zugesagt, dass der bestehende Versorgungsauftrag in der bisher bestehenden Form auf die neuen Träger übertragen wird. Natürlich besteht gerade bei einer Übernahme zusätzliches Interesse, auch die künftige Entwicklung absehen zu können – im Sinne einer Gleichbehandlung mit den weiteren Krankenhäusern im Land, die sich nicht in einem Insolvenzverfahren befinden, machen wir aber an jeder Stelle deutlich, dass wir vorab keine Zusagen zu Leistungsgruppen ab 2027 machen können.

Die von der Insolvenz der Trägergesellschaft Süd-West im Prozess später betroffenen Einrichtungen, die Kamillus-Klinik in Asbach, das Schmerz-Zentrum in Mainz und auch die Psychiatrischen Einrichtungen in Bad Neuenahr, Bad Kreuznach und Worms sind speziellere Einrichtungen, die auch wirtschaftlich interessant sind. Dort ist die Klärungsdynamik entsprechend höher. Daher gehe ich davon aus, dass für jeden der Standorte zeitnah eine neue Trägerschaft gefunden wird, alle Standorte erhalten bleiben und damit auch für die Beschäftigten dieser Standorte Klarheit geschaffen werden kann.